

nr. 8 – dez 2017/ jan 2018

# ecke köpenicker

Seite 3: Paul Spies und seine Pläne für ein Stadtmuseum Seite 5/6: Die WBM plant um  
Seite 7: Zweckentfremdung beschäftigt die Justiz Seite 11: Die Geschichte des Märkischen Museums



Ch. Eckelt

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.  
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



## Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an [ecke.koepenicker@gmx.net](mailto:ecke.koepenicker@gmx.net). Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 15. Januar.

## Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt sich dem Ende, die meisten sind mit den Festvorbereitungen beschäftigt, viele freuen sich auf ein paar Tage der Erholung und Entspannung, und sicher werden etliche von uns auch eine kleine persönliche Rückschau auf das Jahr 2017 anstellen. Es war zweifellos ein sehr bewegtes Jahr. Und auch in den Wohngebieten rund um die Köpenicker Straße ist vieles in Bewegung: Neubauprojekte sind in Planung oder im Entstehen, die Parkraumbewirtschaftung kommt endlich, das Märkische Museum und sein Umfeld werden erneuert, die Melchiorstraße hat eine Rundumerneuerung bereits hinter sich, ebenso wie der dortige Spielplatz. Rege Debatten zu unterschiedlichen Themen wurden geführt – ob zu baulichen Nachverdichtungen, Infrastrukturmaßnahmen, Verkehr oder den alltäglichen Problemen im Gebiet: Lärm, Müll, zunehmender Tourismus sind nur einige Stichworte, mit denen sich beispielsweise der »Runde Tisch

Köpenicker Straße« regelmäßig beschäftigt. Auch für uns, die »Ecke«-Redaktion, war es ein hoch spannendes Jahr – und wir freuen uns, auch 2018 das Geschehen weiter publizistisch begleiten zu können.

An dieser Stelle möchten wir vor allem all jenen danken, die diese Zeitung lesen und sie mit zahlreichen hilfreichen Hinweisen, Leserbriefen, Kommentaren und »Feedbacks« begleiten. Wir freuen uns auf ein diskussionsfreudiges Jahr 2018, in dem sich hoffentlich einiges im Gebiet zum Positiven bewegen wird, und auf Ihre Debattenbeiträge!

Bis dahin wünschen wir schöne, erholsame Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr! Die nächste Ausgabe dieser Zeitung können Sie dann ab Anfang Februar lesen.  
Die Redaktion

**Die nächste »Ecke Köpenicker«** erscheint Anfang Februar. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf der Website [www.luisenstadt-mitte.de](http://www.luisenstadt-mitte.de) sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: [www.buergerverein-luisenstadt.de](http://www.buergerverein-luisenstadt.de)

## Termine

(alle im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101)

### Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr. Als Interessenvertretung der Bürger ist sie ein wichtiges Gremium im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen sind öffentlich, jeder, der dreimal teilgenommen hat, wird stimmberechtigtes Mitglied. Die BV freut sich immer über neue Mitstreiter! Nachfragen und Kontakt: Volker Hobrack, Telefon 275 47 69

### Bürgersprechstunde im Sanierungsgebiet

Jeden Montag von 14 bis 18 Uhr steht das Koordinationsbüro KoSP als Gebietsbetreuer des Sanierungsgebiets bei einer Bürger- und Akteursprechstunde zur Verfügung, um Fragen rund um das Sanierungsgeschehen zu beantworten.

### Stadteilkoordination

Offene Sprechstunde: mittwochs 15–18 Uhr  
Kontakt: Sylvia Euler, KREATIVHAUS e.V., Fischerinsel 3, 10179 Berlin, Telefon 238 09 13, [stadteilkoordination@kreativhaus-tpz.de](mailto:stadteilkoordination@kreativhaus-tpz.de)

### »Runder Tisch Köpenicker«

Am »Runden Tisch« werden aktuelle Probleme im Gebiet debattiert. Jeder kann teilnehmen. Nächster Termin: Dienstag, 9. 1., 11–13 Uhr, Ort: Oase, Wallstraße 43

## Impressum

**Herausgeber:** Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

**Redaktion:** Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

**Redaktionsadresse:** »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, [ecke.koepenicker@gmx.net](mailto:ecke.koepenicker@gmx.net)

**Fotoredaktion:** Christoph Eckelt, [eckelt@bildmitte.de](mailto:eckelt@bildmitte.de)

**Entwurf und Gestaltung:** capa, Anke Fesal, [www.capadesign.de](http://www.capadesign.de)  
**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, [www.berliner-zeitungsdruck.de](http://www.berliner-zeitungsdruck.de)

**Vi.S.d.P.:** Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

# Das Doppeljuwel soll leuchten

## Paul Spies stellt Pläne für das Märkische Museum und das Marinehaus vor



Der Hoffmann-Saal des Märkischen Museums ist bis auf den letzten Platz besetzt, denn dieses Thema interessiert den Förderverein des Museums, die Presse und viele Luisenstädter: »Die Pläne für Märkisches Museum und Marinehaus. 65 Millionen – wofür?« – Allerdings liegt das Durchschnittsalter der Zuschauer eher bei über 70, und für die Zukunft sollen auch die nach 1950 Geborenen für die Berliner Heimatmuseen begeistert werden.

Paul Spies leitet seit Februar 2016 als Direktor der Stiftung Stadtmuseum Berlin die Geschicke der Heimatmuseen. Spies ist hier jedenfalls unter Freunden und Sympathisanten, die – angetrieben von Lokalpatriotismus – wissen wollen, was man mit so viel Geld macht.

Er als Holländer hätte in Bezug auf die 65 Millionen nicht gefragt: »Wofür?«, sondern: »Für was eigentlich?« Spies ist ein ausgewiesener Experte für Stadtmuseen im 21. Jahrhundert. In Berlin hofft man darauf, dass ihm mit neuen Konzepten gelingt, was er als Direktor der Amsterdam Museum Foundation schaffte: In der niederländischen Hauptstadt konnte er mit seinen neuen Konzepten die Besucherzahlen erhöhen und die Einnahmen verdoppeln.

Das Märkische Museum sei unbeliebt bei den Berlinern, und wenn man sich umhört, muss man zugeben: Ja, da hat Spies recht. Vielleicht noch schlimmer ist, dass es vielen historisch interessierten Berlinern nicht einmal bekannt ist. Es wurde im Geiste des 19. Jahrhunderts als Labyrinth gebaut. Von dem, was die Stadt im 20. und nun im 21. Jahrhundert ausmacht, ist noch wenig sichtbar. Farbiger und frischer sehe das Museum inzwischen aber schon aus, findet Spies: »Die Lampen sind doch wunderschön!« Die Begeisterung des Direktors erheitert das Publikum.

Im ersten Obergeschoss soll künftig eine Kurzfassung der Geschichte Berlins zu sehen sein, im zweiten Geschoss sollen neben interaktiven Proberäumen Wechselausstellungen mit wichtigen Teilen der höchst umfangreichen Sammlungen ihren Platz haben. Es schmerzt die Zuhörer so wie Spies, dass diese Schätze der Berliner Geschichte bislang unzugänglich in einem Depot in Spandau untergebracht sind. Sie müssen ans Licht!

Und dann der Name: Märkisches Museum! Kein Tourist verstehe das, und auch die meisten Berliner könnten es nur ungefähr beantworten. Die Mark, die Mark Brandenburg, Residenz und Friedrich der Große?

Die Zukunft des Märkischen Museums soll in drei Phasen gestaltet werden. In der ersten (bereits begonnenen) ist es geöffnet und heißt »Märkisches Museum«. In der zweiten Phase wird es wegen der geplanten Umbauten und Sanierungsmaßnahmen geschlossen. In der dritten wird es wieder eröffnet und hat »(k)einen neuen Namen«. Zum Namen solle es eine breite Diskussion in Berlin geben. Wenn eine Mehrheit und gute Argumente für die Beibehaltung des alten Namens stimmen, sollten wir genauso davon erfahren wie von Vorschlägen zur Umbenennung.

Spies zeigt Fotos vom Marinehaus gegenüber dem Museum Am Köllnischen Park 4. Der Zustand des Hauses ist erschütternd – von den 65 Millionen werden viele für die Sanierung dieses Gebäudes draufgehen. Denn das Marinehaus soll zu einem barrierefreien, serviceorientierten, attraktiven und übersichtlichen Standort umgebaut werden – so könne aus dem Marinehaus und dem Märkischen Museum ein doppelt geschliffenes Juwel werden. Im Marinehaus soll nach der Sanierung ein Aktivitätszentrum mit den wiederhergestellten Ballsälen, mit Stadtlabor, Werkstätten und Arbeitsräumen für Kulturschaffende entstehen. Das Märkische Museum dagegen wäre ein »Schaufenster«, ein Ort der Ausstellungen.

Und tatsächlich kann auch ich mich begeistern dafür, dass der leer stehende und nicht begehbbare, mächtige Turm des trutzigen Museumsbaus zu einer Aussichtsfläche werden soll. Von dieser wird man einen überraschenden Ausblick auf das Berliner Zentrum haben. Denn man sieht von dort den Turm des Stadthauses, aber nicht den des Roten Rathauses. Warum? Weil die drei Türme in einer Achse stehen und der Rathausturm von dem des Stadthauses verdeckt wird.

Das Stadtmuseum müsse der zentrale Ort und Ansprechpartner für die Geschichte Berlins werden – das sei ein großer Auftrag, sagt Paul Spies. »Ich hoffe, wir schaffen es!« Beifall. Es soll unser Museum werden, das sind wirklich goldene Aussichten.

Im Austausch mit einem Kollegen fiel uns auf, dass eine populäre »digitale Dimension« bei den Zukunftsaussichten noch fehlte. Dafür kann die Arbeit des Luisenstädtischen Bildungsvereins in den 1990ern ein Vorbild sein: Deren »berlingeschichtliche Datenbank« ist bis heute eine unentbehrliche Quelle für Laien und Historiker.

Falko Hennig

# Kein Vorkaufsrecht an der Köpenicker 38

## Neuer Eigentümer fordert höheren Gewerbeanteil

Der Bezirk kann für das Grundstück Köpenicker Straße 38 kein Vorkaufsrecht ausüben. Die brachliegende Fläche zwischen der Eisfabrik und dem Sitz der Gewerkschaft Ver.di hat zwar unlängst den Eigentümer gewechselt – verkauft wurde jedoch nicht das Grundstück, sondern die Gesellschaft, die im Grundbuch als Eigentümer eingetragen ist. Bei solchen »share deals« müssen die Kaufverträge auch im Sanierungsgebiet nicht zur Genehmigung durch die Sanierungsverwaltungsstelle vorgelegt werden, der Kaufpreis wird dem Bezirk nicht bekannt. Deshalb hat das Bezirksamt Mitte am 10. November einen Beschluss der BVV zurückweisen müssen, der die Ausübung des Vorkaufsrechts eingefordert hatte.

Ein solches Vorkaufsrecht hat der Nachbarbezirk Friedrichshain-Kreuzberg in »Sozialen Erhaltungsgebieten« inzwischen mehrfach ausgeübt, wobei in der Regel die Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM) die Immobilie übernahm. Der ursprüngliche Käufer hat aber auch die Möglichkeit, eine »Abwendungsvereinbarung« zu unterzeichnen, in der er sich zu mieterfreundlichem Verhalten verpflichtet – etwa durch den Verzicht auf die Möglichkeit der Umwandlung in Eigentumswohnungen.

Bereits im Oktober 2015 wurde zum Grundstück ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen, der ein konkretes Bauvorhaben mit Gewerbe- und Wohnanteilen, einer Kita, einem öffentlich nutzbaren Spielplatz und einer öffentlich nutzbaren Durchwegung des Grundstücks fest schreibt. An der Ecke der Köpenicker Straße und des Bona-Peiser-Weges waren damals aufgrund des Sicherheitsabstandes zum Kreuzberger Galvanikbetrieb Otek nur Gewerbenutzungen genehmigungsfähig. Inzwischen hat sich der einzuhaltende Sicherheitsabstand aber verringert, so dass auch dort Wohnungsbau möglich wäre.

Der neue Geschäftsführer der Eigentümergesellschaft Köpenicker Straße 38 beabsichtigt jedoch eine Erhöhung des Gewerbeanteils zu Lasten der Wohnnutzung – der Markt für Büroflächen hat in der Zwischenzeit in Berlin deutlich angezogen. Im Sanierungsgebiet wird grundsätzlich eine Nutzungsmischung angestrebt, das gilt auch für den hier betroffenen Holzuferblock. Verhandlungen über Änderungen der erteilten Genehmigung finden noch statt, die Abstimmung ist noch nicht abgeschlossen. cs

## Stadtteilladen wird umgebaut

Wegen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen muss der Stadtteilladen »dialog 101« in der Köpenicker Straße ab Februar für ca. ein halbes Jahr schließen. Ein Ausweichquartier für die regelmäßig dort stattfindenden Termine (u.a. die Treffen der Betroffenenvertretung oder die Sprechstunden des KoSP) ist noch nicht bekannt.

Die »Nähstube« des Kreativhauses Fischerinsel, die regelmäßig mit NachbarInnen, Flüchtlingsfrauen und Hortkindern arbeitet und ebenfalls im »dialog 101« einen Platz hatte, sucht nun ab Januar nach neuen Räumlichkeiten. Wer einen Hinweis oder eine Idee hat, melde sich bitte beim Kreativhaus (Telefon 238 09 13), bei unserer Zeitung oder beim KoSP (Kontakt Daten siehe Rückseite).



## Workshops im März und Mai

### Anwohnerbeteiligung zum WBM-Bauvorhaben in der Köpenicker

Im kommenden Jahr werden zwei weitere Veranstaltungen zum Neubauprojekt der WBM in der Köpenicker Straße stattfinden: eine Anwohnerversammlung im März und eine Mieterwerkstatt im Mai. Dazu werden Mieter der WBM jeweils schriftlich eingeladen.

In den Versammlungen geht es um die Details der Planung, etwa um die konkrete Gestaltung des Freiraums zwischen dem Neubau und dem bestehenden Plattenbau oder um die Frage, wie der Durchgang zu den Bestandsgebäuden geregelt werden wird. Auch allgemeinere Problemlagen wie die Situation des Wohnumfeldes sollen dort erörtert werden. Dabei stehen auch konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Ordnung und der Sauberkeit auf der Tagesordnung. Offen ist bislang zudem, wie die Gewerbeeinheiten im Erdgeschoss des Neubaus künftig konkret genutzt werden – auch hier sind Anregungen ausdrücklich erwünscht. Allerdings ist nicht alles auch machbar. So ist es zum Beispiel nahezu unmöglich, im Bezirk Mitte neue Arztpraxen unterzubringen, weil für die meisten Fachärzte de facto eine Sperre der Kassenärztliche Vereinigung für neue Niederlassungen existiert.

Im Vorfeld der Veranstaltungen wird die Firma L.I.S.T. (Lösungen im Stadtteil Stadtentwicklungsgesellschaft mbH) Nachbarschafts- und Mietergespräche durchführen. Sie wurde von der WBM mit der Durchführung der Bürgerbeteiligung beauftragt. Eine solche Beteiligung der unmittelbaren Anwohner ist in der Kooperationsvereinbarung des Senats mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften festgeschrieben. Sie ist aber weit mehr als nur eine bürokratische Pflichtaufgabe: An Details entzündeten sich später oft Konflikte, die bei sorgfältiger Planung vermieden werden können. »Bei dem inzwischen fertig gestellten Neubauvorhaben in der Schmidstraße hatte die Anwohnerbeteiligung zum Beispiel konkrete Änderungen bei der Einfahrt der Tiefgarage im Neubau zum Ergebnis«, berichtet der Pressesprecher der WBM, Martin Püschel, »dadurch wurden unnötige Belästigungen der Anwohner vermieden.«

Im Juni 2018 sollen die Ergebnisse der Anwohnerbeteiligung feststehen und veröffentlicht werden. cs

(siehe auch Seiten 5 und 6)

## Eckensteher

## Städtische Melkkühe

Es ist Zeit, einmal ein Wort der Verteidigung einzulegen: für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die derzeit gefordert werden, als wären sie hochgezüchtete eierlegende Wollmilchsauen.

Sie sollen nach dem Willen der Stadt jetzt ganz schnell ganz viele ganz preiswerte und qualitätsvolle Wohnungen bauen. Alles soll sozial- und umweltverträglich sein und die Anwohner möglichst auch frühzeitig »bürgerbeteiligt« werden. Außerdem sollen die Gesellschaften, wo immer es geht, das städtische Vorkaufsrecht in Anspruch nehmen, um Spekulation und Gentrifizierung einen Riegel vorzuschieben. Andererseits sollen sie aber auch wirtschaftlich arbeiten, ohne Minus für die Stadtkassen.

Das hört sich alles mehr nach Wünschdirwas an als nach Realität. Die sieht nämlich ganz anders aus: Baukosten und Grundstückspreise gehen in Berlin inzwischen durch die Decke. Damit verteuern sich nicht nur die Ankäufe von Gebäuden, sondern eben auch Neubauten enorm. Sozialmieten können unter den gegenwärtigen Umständen im Neubau niemals kostendeckend sein, jedenfalls nicht bei vernünftiger Wohnqualität. – Jeder, der mit Geld wirtschaften muss, weiß, dass Minusgeschäfte irgendwie ausgeglichen werden müssen. Versucht ein Unternehmen wie die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) dann den Ausgleich (zum Beispiel durch einen Bürobau), gehen Bürger und Lokalpolitiker prompt auf die Barrikaden.

Mit Verlaub: Diese Kritik ist verlogen. Da geht es um Partikularinteressen (»Klar sollen die preiswerten Wohnraum schaffen – aber doch bitte nicht bei mir vor der Haustür / auf meinem Parkplatz!«), oder um, sagen wir mal: wohlfeile Profilierung von Lokalpolitikern – aber leider sehr selten um die Sache an sich. Und hat man schon jemals den geballten Bürgerprotest auf der Straße gesehen gegen die keineswegs sozialverträglichen Bauvorhaben von Privatinvestoren?

Hinzu kommt, dass die Wohnungsbaugesellschaften bei konkreten Planungen oft genug zwischen Senat und Bezirken gerupft werden

wie ein halbtotes Huhn: je nachdem, wer gerade eine wichtige Wahl vor sich hat und sich vor den Bürgern ein bisschen geschmeidig machen möchte. So plädierte im Fall der Fischerinsel der frühere Senat für ein Hochhaus, der Bezirk war ein bisschen dagegen, Anwohner protestierten wirkungsvoll. Jetzt, nach der großen Berlin-Wahl, ruderte auch der neue Senat zurück – auf den Planungskosten bleibt allerdings die WBM hängen, und Buhmann ist sie sowieso.

An dieser Stelle gilt die Kritik der Politik – denn es geht hier um Gesellschaften, in deren Aufsichtsräten auch Landespolitiker sitzen, die sehr wohl wissen, wie die Lage ist. Und sie ist – pardon – beschissen. Die rotrotgrüne Landesregierung hat, zugegeben, ein schweres Erbe angetreten. Jahrelang hatten SPD-Bausenatoren ihr Mantra vom ach so entspannten Wohnungsmarkt hergebetet, ohne auch nur eine Zahl zu prüfen. Die Landespolitiker kann man nur davor warnen, die Fehler der 1990er und 2000er Jahre zu wiederholen.

Denn damals wurden die Wohnungsbaugesellschaften als landeseigene Unternehmen gemolken wie Hochleistungskühe. Nach dem Altschuldenhilfegesetz mussten sie in den 1990er Jahren Bestände privatisieren, bis es krachte. Sie wurden trickreich verkauft, vor allem untereinander, von ehemals 19 städtischen Gesellschaften im Jahr 1990 blieben auf diese Weise nur noch sechs übrig. Mit solchen In-sich-Geschäften spülte der damalige schuldengeplagte Senat Geld von der einen in die andere Tasche. Zwischen 1990 und 2005 wurde der kommunale Wohnungsbestand durch Verkäufe auf die Hälfte geschrumpft. Zudem waren die Gesellschaften Anfang der 2000er Jahre gezwungen, massenhaft Wohnraum zu vernichten, etwa in Marzahn und Hellersdorf – für den »Rückbau« gab es sogar Prämien. Heute werden diese Wohnungen wieder dringend benötigt und müssen zu erheblichen Baukosten neu errichtet werden. Diesen Wahnsinn haben aber nicht die Wohnungsbaugesellschaften verzapft – es waren politische Entscheidungen.

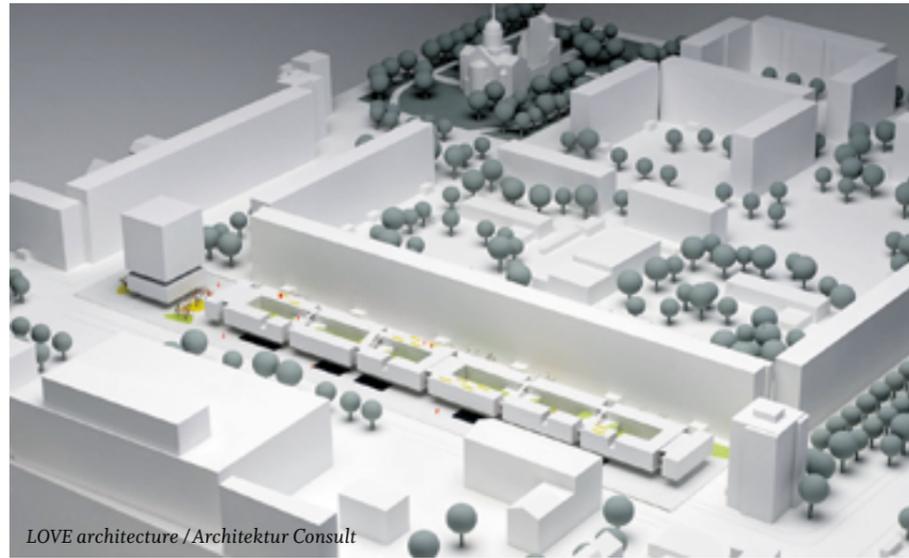
Nun sollen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften wieder die Misere auffangen. Auf die große Krise gäbe es hingegen nur eine grundsätzliche Antwort: Friert die Grundstückspreise ein und stoppt den Betongold-Wucher! Das ist freilich eine Aufforderung an die Bundespolitik. Da müsste man aber auch an die heilige Kuh Eigentum ran – und nicht an die städtischen Melkkühe ... Ulrike Steglich

## Bildecke



# WBM plant um

*Büro- statt Wohnturm in der  
Köpenicker Straße*



LOVE architecture / Architektur Consult

Bereits am 6. Oktober hat der Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) beschlossen, das geplante 13-geschossige Gebäude an der Ecke Köpenicker und Michaelkirchstraße nicht als Wohnturm zu errichten, sondern als Bürogebäude. Das gab die WBM öffentlich Ende November auf einer Informationsveranstaltung zum Gesamtprojekt bekannt. Statt der ursprünglich geplanten 152 Wohnungen sollen an der Köpenicker Straße nun nur noch 78 Wohneinheiten entstehen – in mehreren dreigeschossigen Bauten vor den Plattenbauten der Köpenicker Straße 104–114.

Offiziell wurde diese Umplanung mit möglichen Schallemissionen begründet, die die oberen Stockwerke des Wohnturms vom Heizkraftwerk aus erreichen könnten. Wenn in besonderen Ausnahmesituationen die Kühlanlage und Ventilatoren der Gasturbine mit voller Kraft arbeiteten, könne dort der in der Nacht zulässige Grenzwert von 45 dBA überschritten werden. »Das haben Schallschutzgutachten nicht ausschließen können, genau weiß man es erst, wenn Schallmessungen am bestehenden Gebäude vorgenommen werden können«, so der Pressesprecher der WBM, Martin Püschel. »Auf dieses Restrisiko verweist ausdrücklich auch der Bauvorbescheid des Bezirks vom Mai 2017.«

Zwar beklagen sich viele Anwohner regelmäßig am »Runden Tisch Köpenicker« über Lärmbelästigungen. Die gehen aber entweder auf den Straßenverkehr oder indirekt auf die Clubs in der Köpenicker Straße zurück: etwa, wenn Besucher nachts massenhaft auf den Einlass warten. Störender Betriebslärm des Heizkraftwerks jedoch wurde in den vergangenen Jahren nie thematisiert. Auch Vattenfall bestreitet Emissionen über dem zulässigen Grenzwert: »Das Heizkraftwerk ist nicht zu laut und verhindert keine Wohnbebauung«, bestätigt der Berliner Pressesprecher Olaf Weidner.

Natürlich waren die Anwohner wenig amüsiert, plötzlich mit dieser Nutzungsänderung konfrontiert zu werden – sie hatten ja vor allem das Bauvorhaben deshalb akzeptiert, weil hier dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden sollte. Dass die Zahl der geplanten Wohnungen nun zugunsten von Büros halbiert wird, stieß deshalb auf Protest, auch bei Bezirksverordneten.

Sicher ist jedoch: Das Neubauprojekt in seiner ursprünglichen Wohnbauvariante bringt für die WBM erhebliche finanzielle Belastungen und Risiken mit sich. Denn die späteren Mieten dürfen nach der Kooperationsvereinbarung mit dem Senat auch bei den nicht-preisgebundenen Wohnungen durchschnittlich nicht höher als 10 Euro pro Quadratmeter liegen. Dabei zeigte sich der Senat bislang unflexi-

bel: Als die WBM im Herbst darum gebeten hatte, diesen Spielraum bei dem Neubauprojekt auf der Fischerinsel auf 11 Euro pro Quadratmeter zu erhöhen, war dies abgelehnt worden.

Auf der Fischerinsel musste die WBM nach Bürgerprotesten, politischem Druck des Bezirks und der neuen Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen umplanen und auf das umstrittene Wohnhochhaus verzichten. Dadurch entstanden zusätzliche Planungskosten in Millionenhöhe, auf denen die WBM nun sitzen bleibt. Dazu kommen noch die Preise im Baugewerbe, die gegenwärtig in Berlin jährlich um 3,8% und damit doppelt so schnell wie die allgemeinen Lebenshaltungskosten steigen: Nach drei bis vier Jahren Planung und Bauvorbereitung summieren sich diese auf deutlich mehr als 10%, die wegen des starren Regelwerks des Senats nicht weitergegeben werden können.

An der Köpenicker Straße liegen die Probleme unter dem Boden. Denn unter dem Bauplatz verlaufen Fernwärmeleitungen des Heizkraftwerks, was den Tiefbau erschwert und die Baukosten erheblich steigert. Im Untergeschoss soll eine Tiefgarage für 110 Pkw errichtet werden, die kostendeckend später für 100 Euro im Monat vermietet werden müssten. Diese Nachricht sorgte bei der Informationsveranstaltung für erheblichen Unmut der Mieter, die bislang ihre Autos für einen wesentlich geringeren Beitrag abstellen können. Zum Jahresende 2018 will die WBM die Verträge für die Mieterparkplätze an der Köpenicker Straße kündigen, um Baufreiheit herzustellen. Im kommenden Jahr wird aber auch die Parkraumbewirtschaftung in der Nördlichen Luisenstadt eingeführt, eine zwei Jahre lang gültige Parkvignette kostet dann 20 Euro. Ob nach zweieinhalbjähriger Bauzeit – anvisiert wird die Fertigstellung der Neubauten für das Frühjahr 2021 – WBM-Mieter rund 1.200 Euro im Jahr für einen Tiefgaragenplatz ausgeben möchten, ist eher fraglich. Bei den Firmen, die in den Büroturm einzögen, sähe das anders aus, denn sie bekämen keine Anwohnergnetten. Zudem sind Gewerbemieten nicht gedeckelt: Um die 20 Euro pro Quadratmeter Monatsmiete dürften für ein attraktives Neubau-Büro mit Tiefgaragenstellplatz in zentraler Lage problemlos zu erzielen sein.

Für die Mieter der WBM wäre dies kein Nachteil: Wenn die Wohnungsbaugesellschaft mit den Büromieten ihre Verluste im Neubau kompensieren kann, sinkt der Druck, die Spielräume für Mieterhöhungen der Bestandswohnungen bis aufs Letzte auszuzehren. cs

(siehe Kommentar S. 5)

## Schwieriges Wort, schwierige Umsetzung

*Mehr als 2.000 Verfahren, fast 1.500 Widersprüche,  
300 Rechtsstreitigkeiten gibt es beim »Zweckentfremdungsverbots-gesetz« – allein in Mitte*

Seit Mai 2014 gilt in Berlin das Zweckentfremdungsverbot. Laut diesem Gesetz sind sowohl Wohnungsleerstand, der länger als sechs Monate andauert, als auch die Vermietung als Ferienwohnung und andere Zweckentfremdungen verboten bzw. genehmigungspflichtig. Vermieter von Ferienwohnungen hatten zwei Jahre lang die Möglichkeit, einen offiziellen Genehmigungsantrag zu stellen oder die Wohnungen wieder regulär zu vermieten.

Davon wurde in ganz Berlin nur ca. 6.000 Mal Gebrauch gemacht, wobei die Anzahl von Ferienwohnungen auf 12.000 bis 25.000 geschätzt wird. In den dreieinhalb Jahren konnten im Bezirk Mitte gerade einmal 300 Wohnungen auf den Wohnungsmarkt zurückgeführt werden. Die Initiative »Wem gehört Moabit?« hatte Ende November die zuständige Bezirksstadträtin Dr. Sandra Obermeyer (parteilos, für Die Linke) zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Zweckentfremdungsverbot eingeladen, zumal das Gesetz im nächsten Jahr novelliert werden soll.

Das Interesse war groß – etwa 70 Menschen kamen in den Nachbarschaftstreff in der Rostocker Straße. Nach einer Einleitung zum Inhalt des Gesetzes und der geplanten Novelle berichtete Obermeyer, wie die Bezirksverwaltung arbeitet. Bis Ende 2016 waren aus der Bevölkerung 3.600 Hinweise eingegangen, Begehungen und Internetrecherche der Verwaltung brachten Erkenntnisse in 1.835 Fällen. Nur zehn Mitarbeiter müssen zurzeit 2.133 Einzelverfahren bearbeiten. 1.831 Genehmigungsanträge wurden gestellt, davon 431 für Leerstand, 1.260 für Ferienwohnungen, 231 für sonstige zweckfremde Nutzung und 9 für Abriss (Stand: 30.9.2017). Die Verwaltung musste feststellen, dass die meisten Vorgänge Widerspruchsverfahren (1.403 von insgesamt 1.430), Ordnungswidrigkeitsverfahren (13 von 14) und Rechtsstreitigkeiten (ca. 270 von 313) Ferienwohnungen betreffen (Stand: 31.12.2016).



Die Verwaltung sei »mit Herzblut« dabei, Missbrauch von Wohnraum durch Leerstand und Ferienwohnungen zu ahnden, sagte die Stadträtin. Die Verfahren dauern jedoch oft lange. Bevor ein Bescheid zur »Wiederzuführung« der Wohnung an den Wohnungsmarkt mit Zwangsgeldandrohung ergehen kann, muss der »Verfügungsberechtigte« der Wohnung zunächst ermittelt und angehört werden. Bei Widersprüchen sind Widerspruchsbescheide zu fertigen. Alles muss gut begründet sein. Die Abgrenzung ist oft schwierig, es gibt Grauzonen. Viele Ferienwohnungsvermieter haben ihr Angebot auf möblierte Wohnungen für Kurzzeitmieter umgestellt. Dazu nannte Rainer Balcerowiak erschreckende Daten: Ein Drittel der in Berlin vermieteten Wohnungen, in Mitte und anderen Innenstadtbezirken sogar mehr, werden möbliert angeboten, wie der Anfang des Jahres vorgestellte Wohnungsmarktreport aufgezeigt hatte. Schwierig ist der Nachweis auch, wenn längerfristige Mietverträge vorgelegt werden, um eine Ferienwohnungsvermietung zu verschleiern. Durch dieses langwierige Verfahren und die vielen Gesetzesschlupflöcher entsteht bei Mietern der betroffenen Häuser häufig der Eindruck, dass nichts oder wenig passiert, begünstigt durch den Umstand, dass sie nicht »Beteiligte des Verfahrens« sind und nicht informiert werden.

Das gleiche Bild zeigt sich auch beim Leerstand. Eine schriftliche Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung wurde im September 2017 so beantwortet, dass in 13 von 21 Häusern der Leerstand nicht bekannt sei, aber »im Rahmen der Möglichkeiten ermittelt werde«. Neue Verfahren könnten jedoch wegen Überlastung oft nicht sofort anlaufen. Hier war auch nach einigen Häusern gefragt worden, in denen zwischenzeitlich Modernisierungsmaßnahmen begonnen wurden – was zeigt, dass kaum Zusammenarbeit zwischen Bauamt und Zweckentfremdungsstelle stattfindet. Die Berliner Abendschau fokussierte ihren Bericht auf den bekannten Fall der Calvinstraße 21, wo 9 von 15 Wohnungen schon 6 Jahre lang leer stehen. In der genannten Anfrage hieß es noch im September, dass strittig sei, ob es sich überhaupt um »schützenswerten Wohnraum« im Gesetzessinn handele – denn der Eigentümer hatte darauf verwiesen, dass die Wohnungen nicht vermietbar seien. Das hat er jedoch durch Entkernung wegen umfangreicher Modernisierungspläne, die schon vor vier Jahren vor dem Landgericht gescheitert waren, selbst verursacht. Das Bezirksamt geht mittlerweile zwar von Wohnraum aus. Damit ist aber immer noch nichts gegen den Leerstand gewonnen: denn nun heißt es, die Wohnungen würden saniert. Laut Gesetz muss dafür ein Jahr Leerstand genehmigt werden. Mieter halten das für reine Verzögerungstaktik.

In der Diskussion wurden weitere Beispiele von Leerstand genannt und Vorschläge für die Verbesserung des Gesetzes gesammelt. Hinweise auf den hohen Wert, den das Eigentum im Rechtssystem genießt, wurde der Leitsatz »Eigentum verpflichtet« entgegengehalten, Regelungen gegen Profitmaximierung mit Wohnraum eingefordert.

Susanne Torka

*Auch der »Runde Tisch gegen Gentrifizierung in Moabit« wird sich weiter mit den Themen beschäftigen, er trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Lübecker Straße 19 und ist offen für alle.*

# Erinnern – aber wie?

*Wie kann man im öffentlichen Raum an Menschen, an verschwundene Orte oder historische Ereignisse erinnern – und wie kann man solche Erinnerungsorte vor Zerstörung schützen?*



Das Gebiet, das in der Planersprache Karl-Marx-Allee, II. Bauabschnitt genannt wird, erstreckt sich links und rechts der Allee zwischen dem Strausberger und dem Alexanderplatz. Es ist das in den 1960er Jahren errichtete erste Bauprojekt der DDR in Großplattenbauweise. Doch auch in diesen Wohngebieten der Moderne sind zahlreiche »Stolpersteine« in den Boden der Gehwege eingelassen. Sie erinnern an jüdische Berliner, die vor ihrer Deportation und Ermordung durch die Nazis hier ihren letzten Wohnort hatten. Jedoch fällt es schwer, sie räumlich zuzuordnen: die alten Häuser existieren ja nicht mehr. Ähnlich verhält es sich mit dem Denkmal in der Grünfläche Alexanderstraße 23, einem Kubus aus Draht mit Backsteinen, der auf die frühere Synagoge in der Kaiserstraße 29 verweist. Doch weil die um 1900 erbauten Quartiere und deren historisches Straßennetz in den 1960er Jahren komplett überbaut worden sind, bleiben die Orte abstrakt.

Die Erfahrung zeigt, dass Erinnerung immer einen fassbaren Gegenstand braucht. Vielleicht würde es der Orientierung dienen, die Grundrisse der einstigen Gebäude mit Steinen nachzuzeichnen, um u. a. den Stolpersteinen einen »Rahmen« zu geben

Wer über die Schillingbrücke Richtung Süden geht, gelangt in einen völlig anders strukturierten Stadtraum: In der Nördlichen Luisenstadt sind trotz der Kriegszerstörungen viele Gebäude aus unterschiedlichen Zeitschichten erhalten geblieben, zahlreiche Straßenzüge folgen trotz der Neubebauung nach dem zweiten Weltkrieg ihrem historischen Verlauf. Im Gegensatz zur »Karl-Marx Allee II« gibt es noch viele Spuren, an der die Vermittlung von Geschichte ansetzen kann. So soll eine im Rahmen des Spreeuferweges vorgesehene »Geschichtsinselform« mit dem Thema der Industrialisierung am Spreeufer südlich der Jannowitzbrücke entstehen. Dort steht etwa die Jungendstilfassade der einstigen Zigarettenfabrik Josetti stellvertretend für die Etagenfabriken der Zeit um 1900.

In der Nördlichen Luisenstadt wird deutlich, dass Erinnerung immer auch lokale Akteure braucht. So scheint hier durch den Bürgerverein Luisenstadt nach 1989 verdienstvoll eine Erinnerungskultur geradezu nachgeholt worden zu sein, die – bedingt durch das politische System der DDR – nicht möglich war. Dabei wird hier die Erinnerung an Personen und historische Ereignisse durch eine Vielzahl von Gedenktafeln (z. B. zu den 1848er Barrikaden an der Rosstrassenbrücke) über Denkmale bis hin zur Benennung neu angelegter Straßen (Bona-Peiser-Weg) wach gehalten.

Erinnerung braucht vor allem Medien der Vermittlung. Dabei scheinen die Anforderungen heute differenziert auszufallen. Während die einen den Einsatz moderner Technologien (wie beispielsweise Smartphone-Apps) favorisieren, scheint dies für andere Nutzergruppen wenig günstig zu sein. Dies gilt für nicht nur für ältere Menschen, die teils nicht über diese Technologien verfügen, sondern auch für Jüngere, die internetgestützte Informationssysteme ablehnen, um nicht in allen Lebenslagen elektronisch erfasst zu werden. Orte der Geschichte, der Erinnerung brauchen aber auch sinnliche Erfassbarkeit. Um sie zu verstehen, sollten sie erlaufen und darüber »begriffen« werden können. Informationssysteme sollten dazu anregen, sich in der Stadt zu orientieren, Geschichtsspuren in einer Art Erfahrungsraum aufzusuchen und sich in eine Beziehung zu ihnen zu setzen.

In Diskussionen zur Einrichtung und Gestaltung von Erinnerungsorten wird immer auch die Erfahrung des Vandalismus eingebracht: ob beschmierte Denkmäler oder geklaute Stolpersteine und Gedenktafeln. Teils wird dies auf eine fehlende soziale Kontrolle zurückgeführt. Die Zerstörung von Denkmalen und Erinnerungsorten im öffentlichen Raum kann aber auch als Ausdruck eines fehlenden gesellschaftlichen Konsenses gelesen werden.

So steht die Erinnerungskultur im öffentlichen Raum heute, anders als noch vor 30 Jahren, vor neuen Aufgaben. Sie muss epochenübergreifend und multiperspektivisch angelegt sein, um auf die aus unterschiedlichen sozialen, kulturellen und politischen Kontexten in Berlin zusammen kommenden Menschen zu wirken.

Nicht nur in den Fördergebieten des Städtebaulichen Denkmalschutzes geht es also um die Frage, wie Geschichtserinnerung gestaltet wird – und wie man diese Erinnerungsorte schützen kann. Es bleibt zu hoffen, dass in allen Gebieten der Diskurs über Geschichte und Erinnerungskultur geführt wird. In der Nördlichen Luisenstadt ist mit der Diskussion über ein Informations- und Leitsystem entlang des zukünftigen Spreeuferweges (»Geschichtsinselform«) mit einem Expertengespräch und mehreren Workshops bereits ein guter Anfang gemacht worden.

Eberhard Elfert



## Adalbert-Schule bis 2022?

*Senatsverwaltung für Stadtentwicklung  
übernimmt die Verantwortung*

Bis zum Jahr 2022 will der Senat einen Neubau der Grundschule in der Adalbertstraße 53 fertig gestellt haben. So plant jedenfalls die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, deren Abteilung V (Hochbau) jetzt die Federführung für das Projekt übernommen hat und an diesem Standort einen Typenbau mit vier oder fünf Geschossen errichten will. Auch die Sporthalle am Standort soll durch einen Neubau ersetzt werden. Die Senatsverwaltung favorisiert eine vierzügige Grundschule an der Adalbertstraße. Die Hochbau-Abteilung muss aber zunächst einmal prüfen, ob das in dieser Größenordnung an dem Standort überhaupt möglich ist.

Die letzten städtebaulichen Vorstudien, die bei der Erstellung des Blockkonzepts 2016 angefertigt wurden, waren von einer Erweiterung des bestehenden Schulgebäudes auf 3 bis 4 Klassenzüge und einer Integration der Anlagen des benachbarten Tennisclubs Berlin-Mitte in eine neue Multifunktionshalle für Schul- und Vereinssport ausgegangen.

Nach einem Beschluss des Bezirksamts Mitte von März 2017 sollen aber die Tennisplätze im Bestand beibehalten und der Grundschulstandort separat entwickelt werden. Unter diesen Rahmenbedingungen stellt sich nun insbesondere die Frage, wie auf dem Gelände ausreichend Platz für einen Schulhof geschaffen werden kann, der dem Musterraumprogramm für eine vierzügige Grundschule mit etwa 600 Schülern entspricht.

Auch wegen dieser Problematik gilt der Zeitplan bis zur Fertigstellung der Schule als sehr sportlich. Andererseits erzeugt der absehbare starke Zuwachs der Schülerzahlen im Bezirk Mitte in den nächsten Jahren einen starken Druck für den Neubau von Schulgebäuden.

## Eine Million für Lärmschutz

*Schallschutz-Fonds für Clubs aufgelegt*

Mit einer Million Euro will Berlin in den Jahren 2018 und 2019 den Schallschutz von Anwohnern verbessern, die vom Lärm der Clubs in der Stadt betroffen sind. Dieser Betrag wurde von der regierenden Koalition beschlossen und soll in den aktuellen Doppelhaushalt eingestellt werden. Zu Beginn des kommenden Jahres werden die Senatsverwaltung für Wirtschaft und die Berliner Clubcommission die Rahmenbedingungen klären. »Wir brauchen Lösungen statt sich verhärtende Fronten für die Konflikte einer sich immer weiter verdichtenden Stadt. Der Schallschutzfonds ist unser Angebot zu Problemlösung«, erklärt der Leiter der Geschäftsstelle der Clubcommission, Raimund Reintjes. »Wir stellen uns vor, dass der Fonds sowohl für konkrete bauliche Maßnahmen als auch für Gutachten sowie für Konfliktmediation zur Verfügung steht.

Wir fangen aber ab sofort damit an, Bedarfe zu sammeln. Dazu haben wir eine Email-Adresse eingerichtet: schallschutz@clubcommission.de. Ich denke, wir werden Anfang 2018 ein standardisiertes Formular für Bedarfsfälle haben, derzeit können wir erst mal Anfragen sammeln. Je konkreter, desto besser: Problembeschreibung, Konfliktparteien, der konkrete Bedarf – das wären schon mal wissenswerte Informationen, die dazu beitragen können, 2018 gleich richtig gut loslegen zu können.«

Die »Clubcommission« ist der gemeinsame Verband der Berliner Club-, Party- und Kulturereignisveranstalter und hat ihren Sitz in der Brückenstraße 1. Ihr erster Vorsitzender ist Sascha Disselkamp vom Sage-Club in der Köpenicker Straße 76.

cs

## Verkaufen? An die Städtischen!

*Stadtrat plant Anzeigenkampagne*

Viele Mietshäuser befinden sich im Eigentum von Privatpersonen, die noch eine Bindung zu ihren Mietern pflegen. Wenn diese Eigentümer älter werden, wird ihnen die Hausverwaltung aber oft zu anstrengend. Oder die Erben von Alteigentümern leben verstreut und möchten die gemeinsame Verantwortung nicht weiter übernehmen. Dann werden die Häuser meist verkauft, was unter den Mietern oft für große und leider auch berechtigte Unruhe sorgt.

Der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung in Mitte, Ephraim Gothe möchte jetzt mit Anzeigen in lokalen Zeitungen darauf hinweisen, dass auch die Möglichkeit besteht, an städtische Wohnungsbaugesellschaften zu verkaufen, die sich zu einem weitgehenden Mieterschutz verpflichtet haben. »Ich kenne zum Beispiel einen Fall, wo die betagte Eigentümerin per Aushang im Haus die Mieter fragte, ob sie die Immobilie nicht übernehmen wollen«, erzählt er. »Der Bezirk würde auch in ähnlichen Fällen gerne den Kontakt zu den Wohnungsbaugesellschaften vermitteln. Die sind ständig auf der Suche nach Altbauten, um den kommunalen Wohnungsbestand in Berlin zu vergrößern. Sie sind zahlungskräftig und zügig in der Lage, ein Kaufangebot abzugeben.«

cs

# Genossenschaften in der Geschichte

Nach der Jahresversammlung des Bürgervereins Luisenstadt im November wird mit vielen Veranstaltungen frisch ins neue Jahr 2018 gestartet.

So gibt es am Dienstag, dem 9. Januar, einen Vortrag zur Geschichte der Genossenschaften in der Nördlichen Luisenstadt.

Die Erfolgsgeschichte der deutschen Genossenschaft ist untrennbar verbunden mit zwei Namen: Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888) und Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883). Die Idee zur Gründung erster genossenschaftlicher Organisationen wurde aus der Not heraus geboren: Um die Mitte des 19. Jahrhunderts herrschte in Deutschland mit Beginn der Industrialisierung besonders auf dem Land und unter der arbeitenden Bevölkerung in den Ballungsgebieten große Armut. In den 1840er und 50er Jahren wurden auf Initiative von F.W. Raiffeisen und Herrmann Schulze-Delitzsch deshalb die ersten Hilfsvereine gegründet.

Auch in der Luisenstadt hinterließen verschiedene Genossenschaften ihre Spuren oder existieren noch heute: so die Luisenstädtische Bank (1863 als Darlehenskasse u. a. durch Hermann Schulze-Delitzsch gegründet,) die 1895 gegründete Baugenossenschaft »Freie Scholle«, initiiert durch den Baumeister Gustav Lilienthal, und Wohnungsbaugenossenschaften wie die Berolina eG, die Luisenstadt e.G. und Spreefeld eG. – Heute zählt der Genossenschaftsgedanke zum UNESCO-Kulturerbe.

*Lichtbildvortrag von Dr. Julia Veßhoff vom Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband: »Die Geschichte der Genossenschaften und ihre Spuren in der Luisenstadt – eine tragende Säule für Wirtschaft und Gesellschaft«*

*Dienstag, 9. Januar, 18–19.30 Uhr, Ort: dialog 101, Köpenicker Str. 101, 10179 Berlin. Eine Veranstaltung der AG Geschichte des Bürgervereins Luisenstadt. Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung nicht erforderlich.*

## Historischer Pfad im Heinrich-Heine-Viertel

*Auf Initiative der Wohnungsbaugenossenschaft BEROLINA hat sich 2015 die AG »Historischer Pfad« zusammengefunden, bestehend aus Teilen der AG Geschichte des Bürgervereins und den Künstlerinnen von transferNet | »Virtuelle Mauer ZeitLabor« im Heinrich-Heine-Viertel (2014). Zur Geschichte des früheren Neanderviertels und heutigen Heinrich-Heine-Viertels wurden vielfältige Fragmente zusammengetragen. Wie bei einer archäologischen Forschung wurde in die »zeitliche Tiefe« gegraben und aus dem gefundenen Material für zunächst fünf Standorte ein historischer Pfad durch das Heinrich-Heine-Viertel entwickelt. Die Rechercheergebnisse liegen jetzt seit dem Sommer als 36-seitige Broschüre vor. Perspektivisch sind entlang des Pfades Informationstafeln im öffentlichen Raum des Heinrich-Heine-Viertels geplant. Zeitlich wird ein Bogen von der »Köpenicker Vorstadt« im 18. Jahrhundert bis zum Mauerfall geschlagen. Thematisiert werden die Quellen sozialer und stadtpolitischer Aktivitäten, Zeugnisse des kulturellen Lebens, der Industriegeschichte, des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, der Kriegszerstörung, der Teilung der Stadt und des Wiederaufbaus.*

*Die Broschüre ist ebenfalls über den Bürgerverein Luisenstadt erhältlich.*

# Zwei Bücher über die Luisenstadt

300 Seiten Geschichte und Geschichten über einen alten Berliner Stadtteil: Der Bürgerverein Luisenstadt hat das seit vielen Jahren vergriffene Buch »Die Luisenstadt« aus dem Jahr 1995 endlich wieder neu aufgelegt. Es berichtet hoch spannend über das Alltagsleben in der Gründungszeit des Viertels, über Technik-, Bau-, Bevölkerungs-, Kirchen-, und Sozialgeschichte.

Man kann das Buch direkt beim Büro des Bürgervereins bestellen: einfach eine E-Mail ins Vereinsbüro schicken (buero@buergerverein-luisenstadt.de) – Abholung nach Absprache oder Zusendung per Post. Oder im Büro des Vereins anrufen: Telefon (030) 2 79 54 08.

Es ist aber auch per Internet erhältlich, beispielsweise direkt vom Berlin Story-Verlag (Mail an: Service@BerlinStory-Verlag.de). Einen Buchladen um die Ecke gibt es aber auch, nämlich die Buchhandlung im Aufbau-Haus Moritzplatz.

*Frank Eberhardt, Stefan Löffler: »Die Luisenstadt«, 19,95 Euro, soll im Dezember erscheinen, ISBN 978-3-95723-125-3*

Und wer noch weiterlesen möchte, dem sei das Buch »Der Luisenstädtische Kanal« von Klaus Duntze wärmstens empfohlen! Das Standardwerk zur Geschichte der Luisenstadt ist ebenfalls erhältlich im Berlin Story Verlag,

*»Der Luisenstädtische Kanal«, 24,80 Euro, ISBN 978-3-86368-014-5*

## Drehort Postfuhramt

*Das alte Postfuhramt ist beliebt – als Filmkulisse. So preist das »Medienboard Berlin-Brandenburg« das Areal als aufregende Location an. Gelistet wird das Areal unter den Stichworten: »Industriearchitektur, verfallenes Gebäude, Folter, Graffiti, Werkstatt, Nachkriegszeit, Endzeit«.*

*Folter und Endzeit klingen nicht so gut, aber so ist Film nun mal – und mit irgendwas will der Immobilienbesitzer ja auch Geld reinholen, mindestens die Betriebskosten. Da er aber hier vorerst nicht bauen will oder kann, wird nun das Postfuhramt als Drehort vermarktet. Allmählich fühlen sich aber die Anwohner ein bisschen gefoltert: wenn beispielsweise stundenlang Autos mit quietschenden Reifen um die alten Hallen kurven, nächtelang die Umgebung voll ausgeleuchtet und der Sound voll aufgedreht wird. Starschauspieler und preisgekrönte Serien hin oder her – für viele, die morgens ihrer Arbeit nachgehen und ihre Kinder zur Schule bringen müssen, ist hier die Schmerzgrenze einfach überschritten.*

us



Ch. Eckelt



# Der Vergangenheit zugewandt

Woher das Märkische Museum seinen Namen hat, ist heute den wenigsten bekannt. Der Name geht auf Ernst Friedel zurück, der ähnlich vergessen ist, wenn man nicht gerade in der Friedelstraße in Neukölln wohnt.

Friedel leitete anlässlich des Umzugs der Berliner Verwaltung ins damals neuerbaute Rote Rathaus die neu gegründete Abteilung Sammlungen. Die bekam aus den Berliner Amtskellern alles, was besonders alt oder wertvoll aussah, und Friedel selbst brachte seine eigenen Funde aus der Provinz Brandenburg ein.

Zwar hatte die Abteilung ihren Sitz im Rathaus, aber wegen Raum Mangels war es eher eine Rumpelkammer als ein Museum. Nur an wenigen Tagen der Woche war sie zwei oder höchstens drei Stunden geöffnet. Immerhin war der Besuch gratis, allerdings hatten nur »reinlich gekleidete Personen« Zutritt.

Die Zeit und die politischen Umstände waren reif für ein richtiges Berlin-Museum. Viele Spenden von Objekten kulturgeschichtlichen Interesses und archäologische Fundstücke von den unzähligen Baustellen trafen ein und verschlimmerten den Platzmangel. Die Sammlung musste von Provisorium zu Provisorium ziehen.

1874 gründete Friedel im Palais Podewil das »Märkische Provinzialmuseum«. Es war nicht nur das erste Museum zur Geschichte Berlins und der Mark Brandenburg, sondern auch das erste bürgerliche Berlins. Der größte »Erfolg« für das Museum war 1878 die Hinrichtung von Max Hödel, der erfolglos ein Attentat auf Wilhelm I. versucht hatte: Für seine Exekution kam ein Beil aus der Sammlung zum Einsatz.

Friedel wurde 1906 auch der erste Leiter des Märkischen Provinzialmuseums. Für ihn und seine Generation waren Berlin und die Mark untrennbar. Es heißt über ihn, er »sammelte und forschte selbst und brach fast jedes Wochenende mit einigen Gleichgesinnten zu Wanderfahrten in die Mark Brandenburg auf, während derer so »mancher Schatz der Vorzeit gehoben« werden konnte.«

Wegen des Zerwürfnisses mit dem »Verein für die Geschichte Berlins« gründete er die »Brandenburgia Gesellschaft« für Heimatkunde der Provinz Brandenburg zu Berlin. Aktiv war er zudem im Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, in der Niederlausitzer Gesellschaft für Anthropologie und Altertumskunde, in der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urge-

schichte sowie im Verein für die Geschichte der Mark und der Berliner Gesellschaft für Erdkunde.

Zwischen 1899 und 1908 wurde das Märkische Museum als erstes, eigens für ein Stadtmuseum konzipiertes Gebäude der Welt erbaut. Das Haus ist einmalig: Von außen erinnert es mit seinen roten Backsteinen genauso an gotische Kirchen, märkische Burgen und Rathäuser wie an mittelalterliche Kloster.

Das Gebäude sollte die Jahrhunderte der Entwicklung der Mark Brandenburg zeigen. So ist bis heute jeder Rundgang um das Museum eine Zeitreise vom Mittelalter durch die Renaissance in die Gegenwart. Hier können die Berliner ihre Wurzeln in der Mark Brandenburg ansehen, ohne das Zentrum zu verlassen.

Ich sehe in dem Turm des Märkischen Museums das Vorbild der Kirche von Havelberg. Nach meiner Literatur ist jedoch das Walmdach der Bischofsburg in Wittstock an der Dosse zitiert. Manche Fassadenteile sind der St. Katharinenkirche in Brandenburg an der Havel nachgestaltet. Im Inneren stehen die »Gotische Kapelle«, der »Zunftsaal« und die »Waffenhalle« für diese Frühzeit. Architekt war Ludwig Hoffmann, dem wir in Berlin unter anderem das Stadthaus, das Stadtbad in der Oderberger Straße, das Pergamonmuseum, den Märchenbrunnen und viele Schulgebäude verdanken.

Sein Museum war ein großer Erfolg, 70.000 Besucher pro Jahr kamen, im »Verein für das Märkische Museum« waren prominente und reiche Berliner Mitglieder. Doch der Erste Weltkrieg, die 1918er Revolution, Inflation, Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg und DDR beendeten diese Erfolgsgeschichte.

Doch selbst in der großen Krise der 1920er Jahre gab es sensationelle Ausstellungen – so 1928 die zu Heinrich Zilles 70. Geburtstag, was einen Massenansturm aus den Elendsquartieren des Berliner Nordens auslöste. Doch als Stammbesucher konnten sie nicht gewonnen werden.

Der Umgang der Berliner in Ost und West mit ihrer Historie ist oft gerügt worden, auch beim Märkischen Museum ist es schwierig, Verständnis für die Umbauten in der DDR aufzubringen. So wurde das Kreuzrippengewölbe der großen Halle in den 1950er Jahren abgetragen und eine Zwischendecke eingezogen.

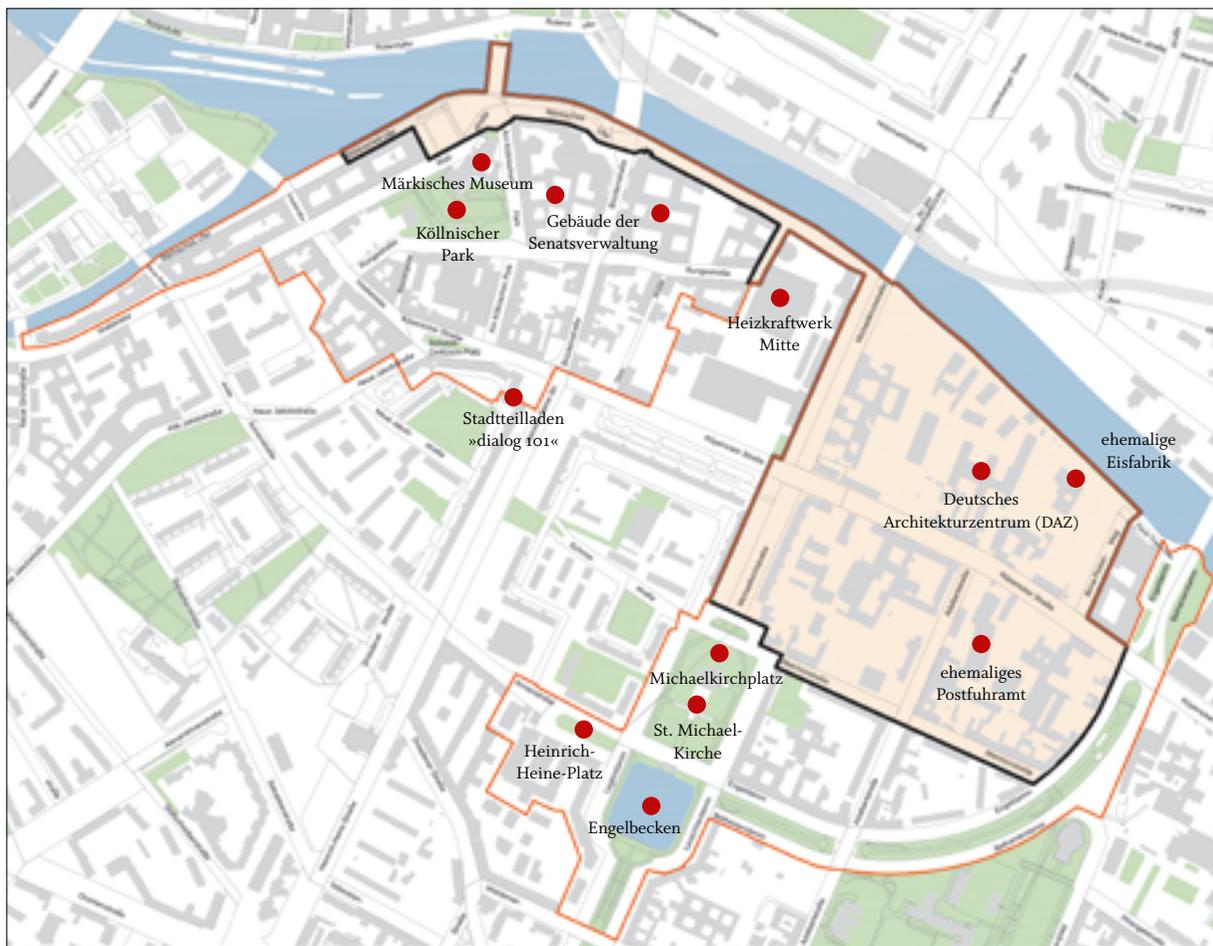
Erst Ende der 1990er Jahre wurde der Urzustand des arg verschandelten Museums wieder hergestellt. Die Besucher waren begeistert von der 14 Meter hohen Halle, in die das Licht wie in einer Kapelle durch gotische Spitzbogenfenster strömte.

Falko Hennig

*Der Autor lädt täglich zum Stadtspaziergang »Engel, Flieger & Genossen« (2h, € 12,-) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins ein, Treffpunkt: 15 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker, min. 5 Teilnehmer, Anmeldung erforderlich unter Telefon (0176) 20 21 53 39*



Ch. Eckelt (2)



 Sanierungsgebiet  
 Nördliche  
 Luisenstadt  
  
 Erhaltungsgebiete

# Adressen

[Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung,  
 Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe](#)  
 Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin  
 (030) 90 18-446 00  
 ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

[Bezirksamt Mitte von Berlin,  
 Stadtentwicklungsamt,  
 Fachbereich Stadtplanung](#)  
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin  
 Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,  
 Tel 901 84 58 45  
 kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

[Sanierungsverwaltungsstelle](#)  
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)  
 Tel 901 84 58 53  
 reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de  
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57  
 anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de  
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21  
 wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

[Senatsverwaltung für Stadtentwicklung  
 und Wohnen](#)  
 Referat IV C – Stadterneuerung  
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin  
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung  
 Luisenstadt), Tel 901 39 49 19  
 joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

[Gebietsbetreuung Luisenstadt \(Mitte\)](#)  
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung  
 und Projektmanagement – KoSP GmbH  
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin  
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,  
 bachmann@kosp-berlin.de  
 Urte Schwedler, Tel 33 00 28 44,  
 schwedler@kosp-berlin.de  
 www.luisenstadt-mitte.de

Bürgersprechstunde: Montag 14–18 Uhr  
 im Stadtteilladen dialog 101,  
 Köpenicker Straße 101

[Betreuung Programm Städtebaulicher  
 Denkmalschutz beim Bezirksamt](#)  
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79  
 birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

[Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt](#)  
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat  
 um 18.30 Uhr, Stadtteilladen dialog 101,  
 Köpenicker Straße 101,  
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,  
 Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com  
 bzw: bv.luisenord@gmail.com  
 www.luisse-nord.de

[Bürgerverein Luisenstadt](#)  
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,  
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08  
 buero@buergerverein-luisenstadt.de  
 www.buergerverein-luisenstadt.de  
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr